



## Menschenleben retten – Evakuierung von Geflüchteten von den griechischen Inseln

---

Der Landesvorstand der SPD Berlin möge beschließen  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen  
Zur Weiterleitung an die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
Zur Weiterleitung an die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats

Die COVID-19-Pandemie betrifft uns als Menschheit weltweit und über alle Grenzen hinweg. Am stärksten bedroht sind die Geflüchteten auf den griechischen Inseln, die dort in menschenunwürdigen Zuständen zusammen im engsten Raum leben und mit wenig bis gar keiner medizinischen Versorgung ausgestattet sind. Auf Lesbos z.B. kommen 1.300 Menschen auf einen Wasserhahn; weniger als 10 Intensivbetten auf mehr als 100.000 Menschen. Diese Zustände, die bereits vor der Corona-Krise unhaltbar waren, werden nun absolut existentiell. Sie bedrohen alle in den Flüchtlingslagern, in denen es keine Möglichkeit gibt, den empfohlenen Abstand zueinander zu wahren.

Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats, die Berliner Mitglieder im SPD-Bundesvorstand, weitere Landesregierungen sowie die Bundesregierung dazu auf:

1. die deutsche Zusage des Koalitionsbeschlusses vom 8. März unverzüglich umzusetzen und mindestens die Aufnahme der vereinbarten 1.500 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und Schwangere einzuleiten,
2. die Schengenregelungen für die Evakuierung der Geflüchteten umgehend anzupassen und alle notwendigen Maßnahmen zur Evakuierung zu treffen,
3. die Überführung aus den griechischen Lagern umgehend im Einvernehmen mit den Bundesbehörden zu planen und durchzuführen.

Auch weiterhin ist eine gesamteuropäische Lösung erstrebenswert. In Zeiten der Not müssen aber jene, die die Möglichkeiten und Fähigkeiten haben, diese Not zu lindern, vorangehen. Deutschland als wirtschaftsstärkstes Mitgliedsland der Europäischen Union steht hier in der Verantwortung, mit Beispiel und Tatkraft voranzugehen. Es geht um Menschenleben.